



NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Schulträgersausschusses der

Stadt Landau in der Pfalz

am Donnerstag, 23.02.2023,

in der Berufsbildenden Schule, Aula

Beginn: 17:00

Ende: 19:55



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Kerstin Bommersbach

Sophia Heimann

Kim Neumann

CDU

Kerstin Bernzott-Uhl

Dorothea Müller

SPD

Michael Fromm

FWG

Wolfgang Freiermuth

FDP

Lale Bayraktar

Die LINKE

Frederike Werner

Pfeffer und Salz

Stefan Maaß

Elternvertreter

Carmen Aprill

Sandra Völker

Lehrervertreter



Annette Förster

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Arbeitgebervertreter

Martin Kolb

Elternvertreter

Alexandra Blädel

Paula Di Cursi

Eberhard Kerscher

Lehrervertreter

Wolfgang Peters

Manfred Schabowski

Ralf Müller

Daniel Wittmann

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Oliver Wittmann

vertreten durch Frau Saßnowski

CDU

Franziska Hauptmann

vertreten durch Herrn Lerch

SPD

Paule Albrecht

vertreten durch Herr Schlimmer-Bär



Hermann Demmerle vertreten durch Herrn Dr. Blinn

FWG

Christian Gies entschuldigt

beratendes Mitglied

Kandasamy Kulenderarajah

Caroline Regnard-Mayer

Runa Sachs

Arbeitnehmervertreter

Maria Hammer-Schreiber vertreten durch Herrn Resch

Elternvertreter

Stefan Burckhardt entschuldigt

Schülervertreter

Mohamed Allouch

Simon Keiner

Lehrervertreter

Lisa Hartmann entschuldigt

Ralf Haug

Nadja Jakobs



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Schulbaumaßnahmen - mündlicher Bericht
3. Änderung der Benutzungs- und Kostenordnung sowie Erhöhung der Entgelte für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen (außer Schulsporthallen)
Vorlage: 400/003/2023
4. Ausschreibung Mittagsverpflegung für neun Landauer Ganztagschulen
Vorlage: 400/005/2023
5. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Zur Einwohnerfragestunde gab es keine Wortmeldungen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Schulbaumaßnahmen - mündlicher Bericht

Der Vorsitzende leitete den Tagesordnungspunkt ein und übergab das Wort an Herrn Hirth, Werkleiter des Gebäudemanagements Landau.

Nach einer persönlichen Vorstellung vor dem Gremium informierte Herr Hirth über die aktuellen Maßnahmen zum Thema Schulausbau in der Schulentwicklungsplanung und machte deutlich, dass eine Vielzahl der Maßnahmen bereits im laufenden Jahr 2023 abgeschlossen sein werden.

Hierzu nannte er unter anderem die Erweiterungen der Grundschulen Thomas-Nast, Queichheim, sowie die Erweiterungen der Grundschulen Wollmesheimer-Höhe und Dammheim.

Der Vorsitzende dankte Herrn Hirth für die Präsentation der Maßnahmen. Er machte zudem deutlich, dass die ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen den Fachämtern eine sehr gute Entwicklung der zahlreichen Projekte ermöglicht.

Frau Di Cursi, Elternvertreterin, stellte die Frage, ob bereits auch Maßnahmen zur desolaten Situation der Sanitäreinrichtungen der Integrierten Gesamtschule geplant sind. Herr Hirth teilte mit, dass die Sanitäreinrichtungen bereits auf der Agenda des Gebäudemanagements stehen und eine Maßnahme bereits ins Auge gefasst wurde.

Anschließend meldete sich Frau Bayraktar, FDP, zu Wort und fragte nach, warum die Lüftungsanlagen in den Schulen zurückgebaut werden müssen. Herr Hirth erläuterte, dass dies aus energetischen Gründen zu empfehlen sei.

Herr Lerch, CDU, stellte die Frage, wie das Vorgehen der Stadt bei Zuschüssen von Bund oder Land sei.

Herr Müller, Leiter des Amtes für Schulen, Sport und kulturelles Erbe, teilte mit, dass die Stadt Landau seit vielen Jahren bereits in die Vorfinanzierung verschiedener Maßnahmen gehen müsse. Ein schneller Geldfluss hingegen sind beim DigitalPakt und bei Bundesprogrammen zu verzeichnen.

Herr Fromm, SPD, äußerte den Wunsch, eine zusätzliche Erweiterung des Schulhofes der Grundschule Queichheim in Betracht zu ziehen. Dies bedeute einen zusätzlichen Vorteil für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule.

Herr Peters, Lehrervertreter der Berufsbildenden Schule, meldete sich zu Wort und lobte die Stadt Landau für ihre hervorragende Arbeit, was den Support der technischen Anlagen im Bereich IT angeht. Jedoch würden 11 € pro Schülerin oder Schüler nicht ausreichen, um die dringend benötigte Unterstützung durch technische Fachkräfte deckeln zu können. Hier müssen die Prioritäten im Haushalt der Stadt dringend umgestellt werden.

Herr Eggers, CDU, meldete sich und teilte mit, dass die desolante Situation der Mensa in der Konrad-Adenauer-Realschule plus unbedingt angegangen werden soll.

Herr Hirth teilte mit, dass bereits eine Kostenschätzung über die Maßnahme der Mensa der Schule vorliegt und seitens des Gebäudemanagements nun Zeichnungen erstellt werden. Zunächst soll ein Gespräch mit der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion angesetzt werden. Anschließend soll ein Zuschussantrag gestellt werden.



Es folgten keine weiteren Meldungen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Änderung der Benutzungs- und Kostenordnung sowie Erhöhung der Entgelte für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen (außer Schulsporthallen)

Der Vorsitzende leitete den Tagesordnungspunkt ein und erläuterte die Sitzungsvorlage.

Er teilte mit, dass es aufgrund des gestiegenen Aufwands und der allgemeinen Preisentwicklung geboten ist, die Entgelte entsprechend anzupassen. Die Erhöhung der Gebühren sei insgesamt maßvoll. Es werden Mehrerträge von ca. 800 € pro Jahr erwartet.

Es folgten keine Fragen aus dem Gremium.

Der Vorsitzende leitete die Abstimmung ein.

Der Schulträgerausschuss stimmte der Sitzungsvorlage zur Änderung der Benutzungs- und Kostenordnung sowie der Erhöhung der Entgelte für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen einstimmig zu und empfiehlt somit dem Stadtrat, der Sitzungsvorlage zuzustimmen.

Beschlussvorschlag: 1. Der Stadtrat stimmt der Änderung der Benutzungs- und Kostenordnung sowie der Erhöhung der Nutzungsentgelte für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen (ausgenommen Schulsporthallen) wie folgt zu:

a) Bei der Abhaltung von Unterricht	bisher	ab Bekanntmachung
je Unterrichtstag und Klassenraum	30,00 €	34,50 €
je Unterrichtshalbtage und Klassenraum	18,50 €	21,50 €
je Unterrichtstag und Fachraum	60,00 €	69,00 €
je Unterrichtshalbtage und Fachraum	30,00 €	34,50 €

c) Bei der Abhaltung von Prüfungen durch Kreishandwerkerschaft, Innungen, Kammern usw.

je Prüfungstag und Klassenraum	24,00 €	28,00 €
je Prüfungshalbtage und Klassenraum	16,50 €	19,00 €
je Prüfungstag und Fachraum	30,00 €	34,50 €
je Prüfungshalbtage und Fachraum	19,00 €	22,00 €

d) Für die Nutzung der Aula der Berufsbildenden Schule wird ein Entgelt in Höhe von
65,00 € 100,00 €
pro Tag festgesetzt.

e) Für die Nutzung der Mensa im Otto-Hahn-Gymnasium wird ein Entgelt in Höhe von
100,00 € 120,00 €
pro Tag festgesetzt.

f) Für die Nutzung der Mensa in der Integrierten Gesamtschule wird ein Entgelt in Höhe von
0,00 € 120,00 €
pro Tag festgesetzt.



g) Für Übernachtungen wird je genutzter Schulsaal ein Entgelt in Höhe von
50,00 € 75,00 €
pro Nacht festgesetzt.

2. Der Stadtrat stimmt der Anhebung der Erlassbeträge wie folgt zu:

bisher	ab Bekanntmachung
bis zu 200,00 €	300,00 €

im Einzelfall das Amt für Schulen, Sport und kulturelles Erbe

über 200,00 €	300,00 €
---------------	----------

im Einzelfall die Schuldezernentin bzw. der Schuldezernent

Begründung:

zu 1.

Die Entgelte für die außerschulische Nutzung von Räumen in Landauer Schulen (ausgenommen Schulsporthallen) sollen erhöht werden. Die letzte Erhöhung erfolgte im Jahr 2015. Die geplante Erhöhung der Entgelte im Jahr 2020 wurde aufgrund der pandemiebedingten Krisensituation ausgesetzt, zum einen wegen der Unmöglichkeit einer Inanspruchnahme sowie auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Aufgrund des gestiegenen Aufwands und der allgemeinen Preisentwicklung ist es geboten, die Entgelte entsprechend anzupassen. Die Erhöhung ist insgesamt maßvoll und wir erwarten Mehrerträge von ca. 800,00 € pro Jahr. Zwar handelt es sich hierbei um eine marginale Erhöhung, trotzdem ist eine Anpassung unabdingbar. Auch diese Anpassung der Entgelte dient der Einnahmeverbesserung des städtischen Haushaltes und signalisiert, dass alle Möglichkeiten der Ertragssteigerung angegangen werden.

Da der Optionszeitraum des § 2b Umsatzsteuergesetzes bis zum 31.12.2025 verlängert wurde, sehen wir aktuell von einer Berücksichtigung der Umsatzsteuer in den Entgelten ab. Die genannten Entgelte verstehen sich als Nettoentgelte und müssten bei einer späteren Umsatzsteuerpflicht entsprechend erhöht werden.

zu 2.

Mit der Anhebung der Entgelte sollen auch die Erlassbeträge angehoben werden.

Weiterhin wurde die gendergerechte Sprache berücksichtigt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Ausschreibung Mittagsverpflegung für neun Landauer Ganztagschulen

Der Vorsitzende leitete den Tagesordnungspunkt ein und erläuterte die Sitzungsvorlage.

Er nahm auf die bisherige Diskussion Bezug und drauf, dass es Ziel sei, Schritt für Schritt zu einem Ergebnis zu kommen. Daher sei die Vorlage zunächst nur eine Informationsvorlage. Erst in einer weiteren Gremienrunde solle die finale Entscheidung getroffen werden. Man sei auf einen offenen Meinungs austausch zu den vorliegenden Informationen eingestellt. Er teilte mit, dass in Zukunft eine deutliche Erhöhung der Kosten zu erwarten ist. Des Weiteren sei eine Übersicht der Mittagsverpflegung in anderen Kommunen als Tischvorlage beigefügt. Hierauf sei zu erkennen, wie umliegende Kommunen die Mittagsverpflegung der Ganztagschulen organisieren.

Der Vorsitzende übergab das Wort an Herrn Müller, der weitere Ausführungen zum Thema machte.

Herr Müller ging auf die aktuelle Mittagsverpflegung der Ganztagschulen ein und teilte mit, dass diese weiterhin nach den DGE-Standards ausgeführt werden.

Weiter, so Herr Müller, hat die Verwaltung eine Kostenkalkulation aufgestellt. Im Zusammenhang mit den Steigerungen der Lebensmittelpreise und der Energiekosten muss mit steigenden Lohnkosten gerechnet werden. Dies wird final auch beim Caterer zu spüren sein. Auch Logistikkosten werden den Caterer betreffen. Es wird eine Preissteigerung für die Mittagsverpflegung der Grundschulen in Höhe von 29 Prozent und für die weiterführenden Schulen von 26 Prozent erwartet.

Von den Kostensteigerungen sei nicht nur die Verwaltung betroffen, so Herr Müller. Es müsse klar sein, dass auch die Familien, die das Angebot der Mittagsverpflegung nutzen, ebenfalls von den enormen Kostensteigerungen bei den Lebensmitteln, sowie bei den Energiekosten betroffen sein werden. Es bedarf daher einer engen Abstimmung mit den Schulgemeinschaften, in welche Richtung eine Ausschreibung für die kommenden Jahre gehen soll.

Der Vorsitzende dankte Herrn Müller für seine Ausführungen zum Thema.

Frau Bommersbach, Bündnis 90 / Die Grünen, fragte nach dem Grund der Unterschiede bei den Höhen der Elternbeiträge von anderen Kommunen. Sie ging hierbei auf die Tischvorlage ein.

Herr Müller teilte mit, dass die Kommunen andere Richtwerte bei der Beteiligung des Elternbetrages aufweisen, wodurch die Unterschiede zustande kommen.

Frau Bommersbach stellte die Frage, warum man nicht weniger Fleisch in die Verpflegung aufnehmen könne.

Herr Müller entgegnete, dass derzeit vier Mahlzeiten mit Fleisch je 20 Verpflegungstage in den DGE-Vorschriften vorgesehen sind. In der Vergangenheit war diese Anzahl beträchtlich höher. Der Trend, so Herr Müller, wandelt sich in die Richtung „weniger Fleisch“. Bei einer Ausschreibung der Mittagsverpflegung werden die DGE-Standards zugrunde gelegt. Hiernach richtet sich auch die Verwaltung.



Frau Bayraktar teilte mit, dass das beabsichtigte Vorgehen eine gute Idee der Verwaltung sei, man aber ein Auge auf das Preis-Leistungsverhältnis haben muss. Hierzu sollen möglichst viele Eltern miteingebunden werden.

Der Vorsitzende antwortete, dass geplant ist die Schulgemeinschaften von Anfang an miteinzubinden, um letztendlich auch die Wahrnehmung der Elternteile mit in die Planung einbeziehen zu können.

Frau Heimann, Bündnis 90 / Die Grünen, teilte mit, dass alle Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben sollten, eine gesunde Mahlzeit zu sich nehmen zu können.

Herr Fromm stellte die Frage, wie genau der Ablauf in einem Losverfahren gegliedert ist. Er plädiert darauf, die kommende Ausschreibung auf möglichst viele Lose aufzuteilen, um eine möglichst große Anzahl an Caterern anzusprechen.

Der Vorsitzende teilte mit, dass bei diesem Vorgehen mögliche Problematiken mit den Bietenden entstehen könnten. Letztendlich würde der Bietende den Zuschlag bekommen, der das wirtschaftlichste und somit meist auch günstigste Angebot abgeben wird.

Frau Bommersbach stellte die Frage, ob hinsichtlich der Mittagsverpflegung Fördermöglichkeiten des Bundes oder des Landes existieren. Ein entsprechender Auftrag zur Überprüfung auf eventuelle Fördermöglichkeiten wurde der Verwaltung erteilt.

Herr Schlimmer-Bär, SPD, äußerte, dass es große Unterschiede beim privaten Kauf von Lebensmitteln und der Verpflegung von Schülerinnen und Schülern gibt. Gerade hinsichtlich der Beschaffung von Biogemüse, darf der private Kaufvorgang nicht mit einer Verpflegung von Schülerinnen und Schülern verglichen werden.

Frau Förster, Lehrervertreterin des Otto-Hahn-Gymnasiums, stellte die Frage, was passieren würde, sollte kein Caterer auf die Ausschreibung bieten.

Herr Müller antwortete, dass am Ende ein Verhandlungsverfahren möglich ist.

Der Vorsitzende teilte hierzu mit, dass es sich hierbei um ein sehr komplexes Thema handele, bei dem sehr schwierige Prozesse auf alle Beteiligten zukommen werden.

Er machte deutlich, dass keine Situation entstehen soll, in der am Ende keine Bietenden zur Auswahl stehen.

Herr Schabowski, KARS, machte deutlich, dass er eine Zweiklassengesellschaft der Landauer vermeiden wolle, die dann entstünde, wenn es bei einzelnen Schulen ein günstigeres Angebot gebe und bei anderen ein teureres, weil mit Bio-Standard.

Frau Bommersbach machte den Vorschlag, eine neue Berechnung der Kosten mit weniger Fleisch pro Woche, dafür mit Bio-Fleisch aufzustellen.

Der Vorsitzende teilte mit, dass es eine gute Idee sei, sich wenn möglich mehr auf Bio-Fleisch, anstatt auf Bio-Gemüse zu konzentrieren.

Frau Neumann, Bündnis 90 / Die Grünen, fragte, wann die kommende Ausschreibung veröffentlicht werden soll.

Herr Müller antwortete, dass die Ausschreibung für Ende April dieses Jahres geplant sei. So können alle Faktoren berücksichtigt und ein Zuschlag an eine Bieterin oder einen Bieter pünktlich vergeben werden.

Frau Bayraktar stellte die Frage, ob das Bio-Zertifikat wirklich notwendig ist. Wenn nicht, so würde das die Preissteigerungen eventuell etwas nach unten senken.



Herr Müller teilte mit, dass ein Bio-Zertifikat nach aktuellen Vorschriften zwingend notwendig und vorgeschrieben ist.

Es folgten keine weiteren Wortmeldungen aus dem Bereich des Gremiums.

Der Vorsitzende dankte den Teilnehmenden für die fruchtbare Diskussion.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende leitete den Tagesordnungspunkt ein und fragte das Gremium nach Wortmeldungen.

Frau Di Cursi äußerte sich zum neuen Schulbussystem. Dieses sei sehr problematisch für die Schülerinnen und Schüler. Es sind in der Vergangenheit viele Fälle von Busverspätungen eingetreten, die über das gewohnte Maß hinausgehen.

Frau Bayraktar untermauerte die Aussage von Frau Di Cursi. Auch ihr seien von vielen Seiten die angesprochenen Problematiken herangetragen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass diese Informationen an die zuständigen Fachämter herangetragen werden.

Es folgten keine weiteren Fragen aus dem Gremium.



Die Niederschrift über die Sitzung des Schulträgerausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 23.02.2023 umfasst 8 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 80.

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Daniel Wittmann
Schriftführer